

Wolfgang Pollan*)

Zur jüngsten Inflationsentwicklung in den OECD-Ländern und in Österreich

Der vorliegende Beitrag liefert einen Überblick über die internationale Preisentwicklung, geht auf die Beziehung zwischen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Preisen ein und weist auf die Bedeutung von Sonderfaktoren hin, die die Verbindung zwischen dem Außenwert und dem Innenwert der Währungen gelockert haben.

Der folgende Artikel, „Hohe Teuerung in Österreich in den Jahren 1992 und 1993“, illustriert diese Frage anhand der Preisentwicklung in Österreich und führt auch einen Preisvergleich mit Westdeutschland durch. Zwei weitere Artikel sind Fallstudien gewidmet. Sie analysieren, wie Schweden — ein Abwertungsland — und die Niederlande — wie Österreich ein Aufwertungsland — die Inflationsrate niedriger als in Österreich halten konnten und welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sie ergriffen haben, um die binnenwirtschaftliche Stabilität der Währung zu sichern.

Internationaler Überblick

Die Beschleunigung der Inflation in den OECD-Ländern seit Mitte 1988 löste wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen aus, die sich vor allem auf die Geldpolitik stützten. Der restriktiven Geldpolitik der USA gelang es allmählich,

Weltweite Wachstumsschwäche — Druck auf Rohwarenpreise

die inflationären Kräfte unter Kontrolle zu bringen. Überdies gingen Frankreich und in geringerem Maße Italien, die früher zu den Ländern mit hoher Teuerungsrate gezählt hatten, entschlossen gegen die Inflation vor. Tatsächlich näherte sich in diesen Ländern die Inflationsrate an jene in

In den letzten zwei Jahren kehrte sich die Rangordnung der Länder nach der Höhe ihrer Inflationsrate um. In den Ländern des DM-Blocks — mit bis dahin hoher Preisstabilität — war die Inflation hoch, in Ländern mit traditionell hoher Teuerung niedrig. Die Währungsanpassungen seit Herbst 1992 brachten keine Annäherung: Die Teuerung war in den Abwertungs-ländern weiterhin sehr niedrig, in den Aufwertungs-ländern hoch. Die bisher üblichen Mechanismen schienen außer Kraft gesetzt.

Westdeutschland an. In Frankreich liegt die Preissteigerungsrate seit dem Frühjahr 1991 unter jener in der BRD (Westdeutschland).

Die nachhaltige Wachstumsschwäche, die von der Geldpolitik ausgelöst worden war, übte starken Druck auf die Rohwarenpreise aus. Für die heimischen Verarbeiter verbilligten sich die Rohwaren auch infolge des Dollarkursverfalls. Die Rohstoffpreise (ohne Energiepreise) sind seit

1990, die Energiepreise seit 1991 rückläufig.

Verlangsamung der Lohninflation

In vielen Ländern trug überdies eine Verlangsamung der Lohnsteigerungs-raten dazu bei, die Inflation zu dämpfen. In Frankreich, Großbritannien und auch Italien — Ländern, die mit einer deutlichen Deflationspolitik die Orientierung ihrer Währungen am EWS und damit an der DM suchten — sowie in den skandinavischen Ländern geht der Auftrieb der Lohnkosten seit Ende der achtziger Jahre deutlich zurück. In Nordamerika und Japan, Ländern mit ohnehin mäßiger Lohninflation, verlangsamt sich der Kostenauftrieb seit 1992.

HWWA-Index der Rohstoffpreise Übersicht 1

Auf Schillingbasis

| | 1992 | 1993 | 1994 I. Quartal |
|-------------------------------|------------------------------------|--------|--------------------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | |
| HWWA-Index, insgesamt | - 6,9 | - 4,5 | - 9,3 |
| Ohne Energierohstoffe | - 8,7 | - 3,8 | + 8,8 |
| Nahrungs- und Genußmittel | - 6,1 | + 9,1 | + 19,1 |
| Industrierohstoffe | - 9,8 | - 9,2 | + 4,1 |
| Agrarische Industrierohstoffe | - 12,0 | - 12,1 | + 6,7 |
| NE-Metalle | - 7,1 | - 10,9 | - 3,4 |
| Energierohstoffe | - 6,1 | - 4,9 | - 17,1 |

*) Die Aufbereitung der statistischen Daten betreuten Eva Latschka und Annamaria Rammei.

Arbeitskosten je Stunde in der verarbeitenden Industrie

Übersicht 2

In nationaler Währung

| | 1991 | 1992 | 1993 |
|-----------------|------------------------------------|--------|--------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | |
| Belgien | + 5,0 | + 4,7 | + 2,4 |
| Westdeutschland | + 6,5 | + 7,1 | + 5,8 |
| Frankreich | + 4,5 | + 4,1 | + 3,2 |
| Großbritannien | + 8,2 | + 5,8 | + 4,2 |
| Italien | + 9,8 | + 5,4 | + 3,4 |
| Japan | + 6,1 | + 4,6 | + 0,1 |
| Niederlande | + 3,6 | + 4,4 | + 3,3 |
| Schweden | + 4,6 | + 4,6 | + 1,0 |
| Schweiz | + 7,5 | + 4,9 | + 2,8 |
| USA | + 4,6 | + 3,7 | + 2,7 |
| Dänemark | + 4,5 | + 3,4 | + 2,5 |
| Kanada | + 4,8 | + 3,6 | + 2,2 |
| Norwegen | + 5,3 | + 3,2 | + 2,8 |
| Griechenland | + 14,5 | + 15,0 | + 14,9 |
| Finnland | + 6,7 | + 2,4 | + 1,7 |
| Spanien | + 8,0 | + 8,0 | + 7,0 |
| Irland | + 5,6 | + 4,6 | + 4,8 |
| Portugal | + 16,6 | + 12,0 | + 8,0 |
| Österreich | + 6,0 | + 6,1 | + 4,6 |

Während also in den meisten OECD-Ländern die Teuerung seit Ende 1990 nachließ, durchliefen die BRD und ihre Nachbarländer — die Niederlande, die Schweiz, Belgien und Österreich — eine entgegengesetzte Entwicklung: Die durch die Wiedervereinigung Deutschlands ausgelösten Impulse beschleunigten vorerst das Wirtschaftswachstum und später, trotz fallender Rohstoff- und Im-

Sonderkonjunktur durch deutsche Wiedervereinigung

portpreise, den Lohn- und Preisaufrtrieb in Westdeutschland, Österreich und der Schweiz verstärkte sich der Lohnauftrieb besonders. Im Durchschnitt des Jahres 1993 ergaben sich für Österreich und Westdeutschland wie 1992, wenn man von den südlichen OECD-Ländern absieht, die höchsten Lohnsteigerungsraten. Dieser Rangordnung folgten auch die Inflationsraten. Wiesen beide Länder in früheren Jahren ein hohes Maß an Preisstabilität auf, so lag ihre Inflationsrate 1993 nur geringfügig unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder. Freilich wurde der Preisaufrtrieb durch die Erhöhung von Gebühren und indirekten Steuern verstärkt; diese Aussage trifft jedoch auch auf andere Länder zu, in denen die Inflationsrate bedeutend niedriger ist.

Die Abwertungen vom Herbst 1992

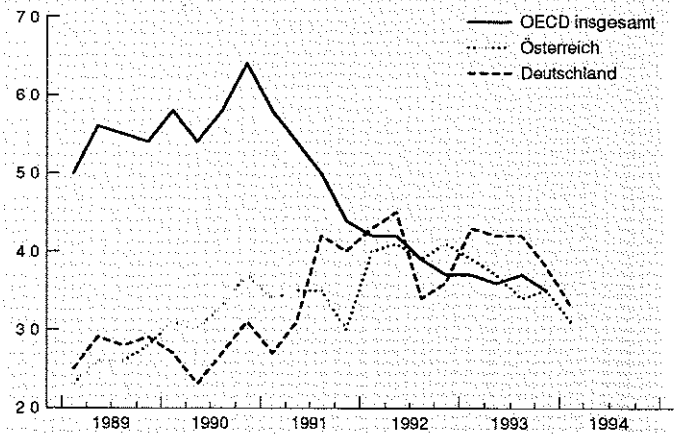
Im Herbst 1992 werteten in zwei Wellen die Währungen einiger europäischer Länder ab. Bereits im September mußten Großbritannien und Italien ihre Teilnahme am

Abwertungen außerhalb des DM-Blocks

EWS-Wechselkursmechanismus aussetzen. Die Abwertung der spanischen, portugiesischen und irischen Währung folgte etwas später. Auch die Währungen der skandi-

Die Inflationsrate in Österreich, Westdeutschland und der OECD

Abbildung 1



navischen Länder gerieten unter Druck und mußten ihre Bindung an den ECU aufgeben. Wenngleich manche dieser Währungen im Laufe des Jahres 1993 Verluste wieder wettmachten, waren die Abwertungen doch beträchtlich. Im Jahresdurchschnitt 1993 sank der nominell-effektive Wechselkurs (laut IFS) für Schweden mit -19% und Italien mit -17% am stärksten. Österreichs nominell-effektiver Wechselkurs erhöhte sich aufgrund der Bindung an die DM im Jahr 1993 um 3,1%, nach +2,6% 1992 (siehe dazu im einzelnen Brandner, 1993, 1994).

Keine Annäherung der Inflationsraten

Die Währungsanpassungen nach den Turbulenzen im Herbst 1992 hätten eine gewisse Annäherung der Inflationsraten erwarten lassen. Die Teuerung war jedoch in den Abwertungsländern weiterhin sehr niedrig, im DM-Block weiterhin hoch. Die bisher üblichen Mechanismen schienen außer Kraft gesetzt: Abwertungen setzen über den Weg der importierten Inflation eine Preis-Lohn-Spirale in Gang, sodaß nach einer Übergangsperiode die Beschleunigung des Kostenauftriebs, die zum Teil auch durch die Stärkung der ausländischen Nachfrage ausgelöst wird, letztlich den Gewinn an preisbestimmter Wettbewerbsfähigkeit wieder zunichte macht.

Kurzfristig unvollständige Weitergabe der Abwertungseffekte in Ländern mit tiefer Rezession

Die Beobachtung, daß sich die Inflationsraten von Abwertungs- und Aufwertungsländern keineswegs annähern, ließ die Vermutung entstehen, daß die preistreibenden Abwertungseffekte in den Abwertungsländern nicht voll zur Geltung kämen, andererseits die inflationshemmenden Wirkungen einer Aufwertung nur unvollständig und verzögert an die Endverbraucher weitergegeben würden. Ein grober Vergleich der Wechselkursveränderungen mit Veränderungen der Importpreise in Auf- und Abwertungsländern liefert, wenn man die verzögerte Reaktion dieser Preise berücksichtigt, nur schwache Hinweise auf eine unvollständige Weitergabe. Auch eine von der OECD (Economic Outlook, Dezember 1993) angestellte rein „mechanische“

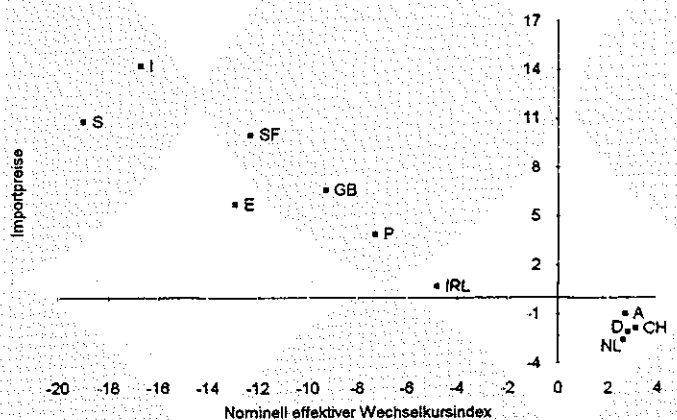
Inflation in OECD-Ländern

Übersicht 3

Importpreis- und Wechselkursveränderungen

Abbildung 2

In %, 1993



Verbraucherpreise

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
|---------------------------------------|------------------------------------|-------|-------|-------|-------|
| | I. Quartal | | | | |
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| USA | + 5,4 | + 4,2 | + 3,0 | + 2,9 | + 2,5 |
| Japan | + 3,1 | + 3,3 | + 1,6 | + 1,2 | + 1,1 |
| Westdeutschland | + 2,7 | + 3,5 | + 4,0 | + 4,1 | + 3,3 |
| Frankreich | + 3,5 | + 3,2 | + 2,4 | + 2,1 | + 1,7 |
| Italien | + 6,5 | + 6,2 | + 5,2 | + 4,5 | + 4,3 |
| Großbritannien | + 9,5 | + 5,8 | + 3,7 | + 1,6 | + 2,4 |
| Kanada | + 4,8 | + 5,6 | + 1,5 | + 1,9 | + 0,5 |
| Große Industrieländer ¹⁾ | + 5,0 | + 4,3 | + 3,0 | + 2,7 | + 2,4 |
| Spanien | + 6,7 | + 5,9 | + 5,9 | + 4,6 | + 5,0 |
| Australien | + 7,3 | + 3,2 | + 1,0 | + 1,8 | + 1,4 |
| Niederlande | + 2,5 | + 3,7 | + 3,2 | + 2,6 | + 3,0 |
| Türkei | +59,3 | +67,2 | +66,3 | +62,2 | +74,1 |
| Belgien | + 3,4 | + 3,2 | + 2,4 | + 2,7 | + 2,4 |
| Schweiz | + 5,4 | + 5,8 | + 4,1 | + 3,2 | + 1,6 |
| Schweden | +10,5 | + 9,3 | + 2,3 | + 4,6 | + 1,7 |
| Österreich | + 3,3 | + 3,3 | + 4,1 | + 3,6 | + 3,1 |
| Dänemark | + 2,6 | + 2,4 | + 2,1 | + 1,2 | + 1,8 |
| Portugal | +13,4 | +11,3 | + 8,9 | + 6,5 | + 6,1 |
| Finnland | + 6,1 | + 4,3 | + 2,9 | + 2,2 | + 0,3 |
| Griechenland | +20,4 | +19,5 | +15,9 | +14,4 | +10,7 |
| Norwegen | + 4,1 | + 3,4 | + 2,4 | + 2,3 | + 1,3 |
| Neuseeland | + 6,1 | + 2,6 | + 1,1 | + 1,2 | + 1,4 |
| Irland | + 3,3 | + 3,2 | + 3,1 | + 1,4 | + 1,7 |
| OECD insgesamt | + 5,8 | + 5,2 | + 4,0 | + 3,6 | + 3,5 |
| Ohne Türkei ¹⁾ | + 5,2 | + 4,5 | + 3,2 | + 2,8 | + 3,3 |
| OECD-Europa ohne Türkei ¹⁾ | + 5,7 | + 5,2 | + 4,2 | + 3,4 | + 3,1 |
| EG ¹⁾ | + 5,7 | + 5,1 | + 4,3 | + 3,3 | + 3,3 |

Q: OECD, IMF, EG, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Neue Gewichtung mit Anteilen am privaten Konsum zu Kaufkraftparitäten

Berechnung der kurzfristigen Auswirkungen (des nominellen Wechselkurses auf den Deflator der Gesamtnachfrage) weist in diese Richtung. Daraus sowie aus detaillierteren Beobachtungen in einzelnen Ländern läßt sich schließen, daß in jenen Ländern wie insbesondere Finnland, Schweden, aber auch Großbritannien, in denen schon Anfang der neunziger Jahre die Nachfrage stark zurückgegangen war, die Verteuerung von importierten Waren nur unvollständig an das inländische Preisniveau weitergegeben wurde. Die Gewinn- und Handelsspannen gingen zurück. Wieweit dieser Effekt auf eine Verschärfung des Wettbewerbs unabhängig von der Abwertung der Währungen zurückzuführen ist, bleibt jedoch offen.

Starke Wirkung von Sonderfaktoren

Die Analyse der Wirkungen der Wechselkursbewegungen auf das inländische Preisniveau wird auch dadurch erschwert, daß in den letzten Jahren eine Reihe von Sonderfaktoren wirkte. Neben Tarifierhöhungen und Änderungen wichtiger Steuersätze lockerte eine Senkung der Agrarpreise in der EU, die in Hinblick auf das GATT-Abkommen durchgeführt wurde, die Beziehung zwischen Wechselkursveränderung und Veränderung des heimischen Preisniveaus. Auch das Abwertungsland Schweden reformierte sein Agrarsystem.

Eine etwas eingehendere Untersuchung der Entwicklung der Preise auf Verbraucherebene greift auf die Unterscheidung zwischen handelbaren und nicht handelbaren Gütern und Dienstleistungen zurück. Diese Unterscheidung,

die ursprünglich aus dem Skandinavischen Modell der Inflationsanalyse stammt, hat sich für die Beantwortung der Frage, wieweit Teuerung aus dem Ausland importiert wird, als nützlich erwiesen. Sie wird hier in einem etwas erwei-

Heimisches Preisniveau von Außeneinflüssen weitgehend abgekoppelt

terten Sinne verwendet: Handelbare Güter umfassen im wesentlichen die industriell-gewerblichen Waren, also jene Waren, die Gegenstand des internationalen Handels sind.

Die Unterscheidung zwischen handelbaren und nicht handelbaren Gütern

und keinen starken Handelsbeschränkungen unterliegen. Dazu kommt ein Teil der Energie. Der andere Teil wird den nicht handelbaren Gütern zugeschlagen: Zwischen der Bewegung des Strompreises und dem Verlauf der Rohölpreise besteht kurzfristig kein Zusammenhang. Darüber hinaus sind in manchen Ländern die Treibstoffe, eine weitere wichtige Position, mit mengenbezogenen Steuern belastet, die (über den heimischen Wertschöpfungsanteil hinaus) Schwankungen der Rohölpreise stark dämpfen. Als nicht handelbare Güter und Dienstleistungen gelten dagegen alle jene Positionen, deren Preisentwicklung hauptsächlich von heimischen Faktoren beeinflusst wird und daher zumindest kurzfristig von außenwirtschaftlichen Einflüssen frei ist.

Handelbare Güter

In dieser Gruppe, die dem internationalen Handel und damit tendenziell einer einheitlichen Preisbildung unterliegt, sind die größten Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse, der Rohstoffpreise bzw. der Importpreise zu erwarten. Der Einfluß von der internationalen Wirtschaft her darf jedoch nicht überschätzt werden; selbst Waren, die vollständig importiert werden, durchlaufen verschiede-

ne Stufen des (lohnintensiven) Handels, der erheblich zur Wertschöpfung beiträgt. Ökonometrische Untersuchungen für die OECD-Länder (OECD, 1990) weisen den Arbeitskosten bzw. den Lohnstückkosten den weitaus größten Einfluß auf die Preisbildung dieser Warengruppe zu. Der Effekt der Importpreise ist dagegen bedeutend geringer: Eine Verteuerung der Importe um 1% hebt die Inflationsrate der industriell-gewerblichen Waren um höchstens 0,2 Prozentpunkte an; davon fallen etwa zwei Drittel im ersten Jahr an. Selbst eine Importpreissteigerung um 10% — eine Inflationsrate, die in Schweden im Durchschnitt 1993 beobachtet wurde (Großbritannien 8%) — würde also die Industrieprodukte auf der Verbraucherstufe um höchstens 1,5% im ersten Jahr verteuern. Wenn nun weiters berücksichtigt wird, daß Industrieprodukte im Verbraucherpreisindex der hochentwickelten Länder höchstens ein Gewicht von 30% haben, ergibt sich ein kurzfristiger Effekt von rund 0,5%. Eine Verteuerung der Importe um 10%, der eine Abwertung von rund 15% entspricht, dürfte demnach kurzfristig die Inflation laut VPI um nur ½ Prozentpunkt beschleunigen. Dieser Satz erhöht sich auf 1¼ Prozentpunkte, wenn die Energiepreise (mit einem Gewicht von rund 10% im Verbraucherpreisindex) zur Hälfte den handelbaren Gütern zugerechnet werden und wenn eine Verteuerung importierter Energie um 15% unterstellt wird.

Nicht handelbare Güter und Dienstleistungen

Zu den nicht handelbaren Gütern und Leistungen zählen Dienstleistungen, öffentliche Tarife und Gebühren, Mieten sowie die Nahrungsmittel. Die Preisbewegung dieser Gruppe wird kurzfristig hauptsächlich von Lohnsteigerungen, anderen heimischen Faktoren und darüber hinaus von Änderungen der Preisregelung beeinflusst.

Dienstleistungspreise, öffentliche Tarife, Verbrauchsteuern

Die weitgehende Abkoppelung von der Außenwirtschaft gilt für die staatlich nicht beeinflussten Dienstleistungspreise sowie für die öffentlichen Tarife und Gebühren und Verbrauchsteuern. In einer Reihe von Ländern — besonders deutlich in Österreich, Deutschland, Schweden und den Niederlanden — wurden in den letzten Jahren Gebühren und Tarife sowie Verbrauchsteuern erhöht. Die Gründe sind vielfältig: In allen Ländern (vor allem in Deutschland) ist der Druck zur Konsolidierung des Staatshaushaltes sehr groß; darüber hinaus werden staatliche Aufgaben den Gemeinden zugeschoben; diese wiederum erhöhen die lokalen Abgaben und Gebühren stark — Beispiele hierfür sind die Niederlande, Schweden und Deutschland. Auch der Versuch, strukturbedingte Defizite abzubauen und die Preise marktbezogener zu gestalten, kann, wie in den Niederlanden im Gesundheitsbereich, deutliche Preiserhöhungen auslösen. In einigen Ländern beschleunigte auch die Einführung von Umweltsteuern die Teuerung auf Verbraucherebene.

Wohnungskosten

Eine weitere Gruppe, deren Preise sich weitgehend unabhängig von den internationalen Märkten entwickeln, sind

Entwicklung der Preise von Nahrungsmitteln und Wohnungskosten in OECD-Ländern Übersicht 4

| | Nahrungsmittelpreise | | | Wohnungskosten ¹⁾ | | |
|-----------------|----------------------------------|------------------------------------|------|----------------------------------|------------------------------------|------|
| | Gewichte (Basis 1985 = 100) in % | 1992 | 1993 | Gewichte (Basis 1985 = 100) in % | 1992 | 1993 |
| | | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | Veränderung gegen das Vorjahr in % | |
| Osterreich | 18 | +3,7 | +2,3 | 5 | +6,5 | +5,2 |
| Kanada | 18 | -0,4 | +1,7 | 22 | +1,2 | +1,0 |
| USA | 18 | +1,2 | +2,1 | 21 | +3,4 | +3,0 |
| Belgien | 22 | -0,1 | -0,8 | 6 | +5,9 | +5,3 |
| Dänemark | 18 | +1,8 | ±0,0 | 18 | +3,0 | +2,9 |
| Finnland | 19 | -0,1 | -0,7 | 16 | +0,1 | -4,4 |
| Frankreich | 32 | +1,5 | +0,8 | 8 | +5,1 | +4,2 |
| Westdeutschland | 17 | +1,3 | +0,9 | 18 | +5,5 | +5,9 |
| Italien | 26 | +5,0 | +2,0 | 4 | +6,2 | +6,2 |
| Niederlande | 15 | +2,2 | -0,3 | 19 | +5,3 | +5,4 |
| Norwegen | 19 | +1,4 | -1,0 | 12 | +3,7 | +2,9 |
| Spanien | 34 | +3,7 | +1,1 | 2 | +8,4 | +9,1 |
| Schweden | 18 | -5,1 | +0,7 | 26 | | |
| Schweiz | 21 | +0,9 | +0,2 | 18 | +6,9 | +5,1 |
| Großbritannien | 19 | +3,1 | +2,6 | 15 | -0,7 | -5,5 |

Q: OECD, Main Economic Indicators, eigene Berechnungen. — ¹⁾ In einigen Ländern schließen die Mieten Beleuchtung und Beheizung ein.

Wohnungskosten. In diesen Positionen spiegeln sich Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt sowie staatliche Maßnahmen der Wohnungspolitik (z. B. Deregulierungsmaßnahmen in den Niederlanden). In einigen Ländern (Großbritannien, Schweden, Norwegen, Finnland), in denen die Zinsen für Hypothekendarlehen in die Berechnung der Wohnungskosten eingehen, kann auch die Zinsentwicklung eine entscheidende Rolle spielen. Rückläufige Zinsen sind häufig mit einer Abwertung verbunden. So konnten in letzter Zeit in Großbritannien parallel mit der Abwertung die Zinsen gesenkt werden; die Hypothekarzinsen lagen im Durchschnitt des Jahres 1993 um 21% unter dem Wert von 1992. Die Inflationsrate betrug ohne Hypothekarzinsen 1993 3,0%, einschließlich dieser Position 1,6%. Auch in den skandinavischen Ländern war dieser Effekt stark ausgeprägt; dazu kam ein Verfall der Boden- und Mietpreise.

Nahrungsmittel

Nahrungsmittel müssen, obwohl im Prinzip handelbar, den nicht handelbaren Gütern zugerechnet werden. Sie unterliegen in allen OECD-Ländern der Marktordnung; die Nahrungsmittelpreise entwickeln sich daher weitgehend abgekoppelt von den Weltmarktpreisen. In Hinblick auf die GATT-Vereinbarungen (Kramer, 1994) wurden in der EU Mitte 1993 in einer ersten Phase die Nahrungsmittelpreise herabgesetzt (Schweden reduzierte sie aus eigenen Stücken). In einigen Ländern wie Großbritannien und Italien dürfte sich darüber hinaus im Zuge des Vordringens von großen Supermarktketten der Wettbewerb im Lebensmittelhandel verschärft haben.

Großer wirtschaftspolitischer Spielraum

Die Gruppe der oben definierten nicht handelbaren Güter und Dienstleistungen hat im Verbraucherpreisindex der hochentwickelten OECD-Länder ein Gewicht von 65% bis 70% (Österreich rund 65%). Die wachsende Bedeutung

Berechnung von Spezialindizes

Angesichts des großen Einflusses von Steuererhöhungen, Erhöhungen von Gebühren und Tarifen sowie Veränderungen der Hypothekenzinsen auf die Inflationsrate wird in einigen Ländern ein Basis- oder Kerninflationsindex berechnet, der einige oder alle der oben genannten Positionen ausschaltet.

Für Österreich ergibt sich 1993 nur ein geringer Unterschied: Die im VPI erfaßten preisgeregelten Dienstleistungen und Gemeindeabgaben erhöhten sich 1993 um 5,0%. Ohne Berücksichtigung dieser Gruppe stieg der VPI um 3,5% (insgesamt +3,6%). Im 1. Quartal 1994 wuchs jedoch die Differenz von 1,5 auf 3 Prozentpunkte: Der VPI ohne Tarife erhöhte sich um nur 2,8%, die Tarife um 5,8%. Zieht man weiters die Effekte der Anhebung der Mineralölsteuer (um 50 Groschen) sowie der Versicherungssteuer ab, so ergibt sich eine Inflationsrate von nur 2,6% statt 3,1%.

dieser Gruppe sowie der geringe Effekt einer Verteuerung der Importe verschaffen der Wirtschaftspolitik einen Spielraum, der durch die Einkommenspolitik und durch die staatliche Preis- und Steuerpolitik ausgefüllt werden kann. Die niederländische Regierung nutzte diesen Spielraum, indem sie die Verlangsamung der Inflation durch eine Herabsetzung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes einleitete.

Der große Bereich von Preisen, die von außenwirtschaftlichen Einflüssen frei sind, erlaubt es der Wirtschaftspolitik, die Interdependenz zwischen Preis- und Lohnauftrieb zu brechen bzw. die gefürchtete Aufwärtsdrehung der Preis-Lohn-Spirale in das Gegenteil zu verkehren. Wieweit dies gelingt, wird auch davon abhängen, ob Steuer- und Tarifierhöhungen als notwendige Schritte zur Verbesserung der Wirtschaftslage dargestellt werden können. So wurde z. B. die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 1984, die die Inflation um 2 Prozentpunkte anhub, als eine wichtige Maßnahme zur Sicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes anerkannt und bildete daher keinen Anlaß für eine Beschleunigung des Lohnauftriebs.

Die Anti-Inflationspolitik in den Niederlanden und in Schweden¹⁾

Ein Vergleich der Wirtschaftspolitik der Niederlande und Schwedens im letzten Jahrzehnt bestätigt die These, daß eine Abwertung nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie von einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik begleitet bzw. von der Einkommenspolitik unterstützt wird.

Ende 1982, als die hohe Arbeitslosigkeit (Niederlande) bzw. ein hohes Leistungsbilanzdefizit (Schweden) als große Probleme erkannt wurden, entschloß sich die Wirtschaftspolitik in beiden Ländern zu drastischen Schritten: Schweden führte eine offensive Abwertung durch, in den Niederlanden wurde unter starkem Druck von der Regierung ein zentrales Lohnabkommen geschlossen, das in den darauffolgenden Jahren für geringe Lohnerhöhungen sorgte. Die Maßnahmen waren in beiden Ländern von Erfolg begleitet. Die Stärkung der internationalen Wettbe-

werbsfähigkeit setzte in beiden Ländern einen kräftigen Aufschwung der Exporte in Gang, der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre einen heftigen Investitionsboom auslöste. In Schweden blieb die Arbeitslosigkeit niedrig, in den Niederlanden sank sie rasch.

In bezug auf die Teuerung zeitigten jedoch die beiden Strategien sehr unterschiedlichen Erfolg: In den Niederlanden blieb sie mit 1% äußerst niedrig, in Schweden beschleunigte sie sich rasch. Dies sollte gewichtige Auswirkungen auf die Entwicklung der Währungsparitäten haben. Schweden strebte seit 1987, ähnlich wie Frankreich, Italien und später Großbritannien, eine Bindung an das EWS an; diese Parität war in den Niederlanden schon seit Jahrzehnten verwirklicht. Die DM-Bindung brachte für die schwedische Wirtschaft jedoch ernste Probleme; hohe Lohnsteigerungen bewirkten eine rasche reale Aufwertung, die die außenwirtschaftliche Stabilität wiederum gefährdete. Die inflationäre Entwicklung wurde durch eine lockere Geldpolitik (starke Ausweitung der Kredite) zusätzlich gefördert. In den Niederlanden dagegen blieb der Aufschwung stets unter Kontrolle; bei niedrigen Lohn- und Preissteigerungsraten gewann die niederländische Exportwirtschaft weiterhin an Wettbewerbsfähigkeit. Daß die Arbeitslosigkeit nicht noch stärker zurückging, wird im allgemeinen dem äußerst dicht gespannten sozialen Netz zugeschrieben.

Beide Länder traten daher in die neunziger Jahre mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ein. Die Änderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Ende der achtziger Jahre hatten auf die schwedische Wirtschaft dramatische Auswirkungen. 1990 platzte der durch Spekulation ausgelöste Boom auf den Finanz- und Immobilienmärkten. Die Überhitzung der Wirtschaft endete 1991 in einer Stabilisierungskrise. Der Zusammenbruch, besonders deutlich in der Bauwirtschaft spürbar, ließ die Arbeitslosigkeit auf einen neuen Höchstwert schnellen. Nach spekulativen Attacken gegen die Krone wurde der Wechselkurs freigegeben. Eine markante Abwertung war die Folge (von Oktober 1992 bis April 1994 —21% gegenüber den wichtigsten Handelspartnern).

Auch die niederländische Wirtschaft wurde von der Rezession der Weltwirtschaft erfaßt. Der Prozeß der deutschen Wiedervereinigung löste ebenso wie in Österreich einen Boom aus, und die Arbeitslosenquote ging bis 1992 zurück. Bereits im Frühjahr 1992 kündigten sich jedoch ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten an.

Von nun an konzentrierten sich die wirtschaftspolitischen Instanzen beider Länder auf die Dämpfung der Inflation und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In Schweden wurde 1991 sowie 1993 ein auf zwei Jahre befristetes Lohnabkommen auf zentraler Ebene abgeschlossen, das Obergrenzen für Lohnerhöhungen vorsieht. Dies bedeutet eine Abkehr von der seit 1984 verfolgten Praxis zunehmender Dezentralisierung der Lohnverhandlungen. Auch der öffentliche Dienst, der lange Zeit dazu beigetragen hatte, die Lohninflation zu beschleunigen, erlegte sich Lohndisziplin auf und baute darüber hinaus Arbeitskräfte ab (mehr als 100 000 in den letzten zwei Jahren).

¹⁾ Siehe dazu im Detail die Beiträge über die Niederlande und Schweden in diesem Heft.

In den Niederlanden rückten zentrale Lohnvereinbarungen ebenfalls wieder in den Vordergrund. Im Herbst 1992 und nochmals im Herbst 1993 vereinbarten die Vertreter der Gewerkschaftsbünde und der Arbeitgeberorganisationen im Rahmen der paritätisch besetzten Stichting van de Arbeid einen Satz von sozial- und wirtschaftspolitischen Richtlinien, die strenge Empfehlungen einer Lohnmäßigung enthielten. Beide Rahmenvereinbarungen kamen unter starkem Druck der Regierung zustande, die durch eine Reihe von Maßnahmen die Erreichung des Zieles der Lohn- und Preisstabilisierung förderte. Im Herbst 1992 erbrachte die Regierung eine Vorleistung zur Dämpfung der Inflation durch Senkung des Mehrwertsteuersatzes um 1 Prozentpunkt. Darüber hinaus förderte sie die Akzeptanz eines Programms der Lohnmäßigung durch die Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen und der Lohnsteuer, die hauptsächlich Gruppen mit niedrigem Einkommen zugute kam. Auch als Arbeitgeber suchte der Staat die Ziele des Stabilisierungspaktes zu unterstützen, indem er den Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur Lohnsteigerungen zugestand, die den vereinbarten Lohnleitlinien weitgehend entsprachen. Mit diesen beiden Stabilisierungsprogrammen gelang es ohne Einsatz einer verschärften Fiskal- und Geldpolitik, die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale zu bannen und einen Schritt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Wenn die Fortschritte dennoch nicht ganz den Vorstellungen der Regierung entsprachen, so lag dies

hauptsächlich an institutionellen Eigenheiten der Lohnbildung in den Niederlanden: Eine Vielzahl von Tarifverträgen mit zwei- bis dreijähriger Laufzeit erschwerte eine rasche Reaktion auf geänderte wirtschaftliche Bedingungen.

Sowohl Schweden — über eine Stabilisierungskrise — als auch die Niederlande — im Rahmen einer viel stetigeren Entwicklung — sind dem Ziel der Geldwertstabilität sehr nahe gekommen. Freilich war der Druck, der von der hohen Arbeitslosenquote ausging, erheblich; er erleichterte die Durchsetzung eines Programms der Lohnzurückhaltung. Sowohl in Schweden als auch in den Niederlanden werden für 1994 und 1995 Lohnsteigerungen erwartet, die unter der Inflationsrate liegen; dies ist eine Entwicklung, die noch vor einigen Jahren unvorstellbar erschien.

Literaturhinweise

- Brandner, P.** „Realwirtschaftliche Divergenzen und Unsicherheit über WWU verursachen Währungsturbulenzen“ WIFO-Monatsberichte 1993 66(4)
- Brandner, P.** „Rezession bewirkt Zinssenkungen der europäischen Notenbanken“ WIFO-Monatsberichte 1994 67(4)
- Kramer, H.** „Zum Abschluß der Uruguay-Runde des GATT“ WIFO-Monatsberichte 1994 67(4)
- OECD.** „Modelling Wages and Prices for the Smaller OECD Countries“ Working Papers 1990 (86)